

Ich gebe meine Analyse in einem Atemzug: „Die vorläufigen Ergebnisse lassen Schlußfolgerungen noch kaum zu. Doch wenn man die zutage getretenen Tendenzen betrachtet, kann man bedeutende Veränderungen nicht ausschließen.“

Hillenbrand möchte präzisieren. Anscheinend haben ihn meine Worte beunruhigt. Der sowjetische Minister aber hat keine Lust, sich jetzt eingehender mit der deutschen Materie zu befassen. Er möchte nicht oberflächlich erscheinen oder, was noch schlimmer wäre, sich irren. In der Pause bedrängt Hillenbrand mich mit Fragen nach dem Grund, der sowjetische Experten an kommende Veränderungen denken läßt. Das State Department und andere amerikanische Behörden hätten den dramatischen Verlauf des Wahlkampfes genauestens verfolgt und keine Anzeichen für das Entstehen neuer politischer Konstellationen registriert. „Wir wissen“, versichert er, „was in jeder Zelle des westdeutschen Organismus vorgeht. Es kann gar keine Überraschungen geben.“

Wenige Tage später enthüllt sich mir das unmittelbare Motiv für Hillenbrands Verhalten: Richard Nixon war voreilig gewesen und hatte als erster Kurt Georg Kiesinger zum „Wahlsieg“ gratuliert. Der Präsident hatte sich natürlich auf die Berichte des State Departments, der CIA und der amerikanischen Botschaft in

Bonn verlassen. Und da gossen nun die Russen Wasser in ihren Wein.

Am Tag nach der Wahl erscheint Gromyko richtig vergnügt zum Frühstück, erwähnt aber weder Rodgers noch Hillenbrand. Im „kleinen Eßzimmer“ werden keine ernsthaften Gespräche geführt. Die Ohren der amerikanischen Spezialdienste fangen jedes Komma auf. Doch der Minister will sich das Vergnügen nicht versagen, festzustellen, daß die Dimensionen des Informationsnetzes nicht unbedingt die Qualität des Fangs garantieren. Gromyko hat sich mit der strategischen Analyse des sowjetischen Außenministeriums identifiziert, deren Richtigkeit nun offenbar geworden ist. Der Neubeginn der sowjetisch-bundesdeutschen Beziehungen gewinnt konkrete Gestalt.

★

Am Mittag des 23. oder 24. Januar 1970 Anruf vom Minister: „Bonn hat vor, einen neuen Delegierten für die Gewaltverzichts-Verhandlungen mit uns zu ernennen. Wissen Sie was davon?“ Bisher hatte der Bonner Botschafter in Moskau, Helmut Allardt, die Gespräche über eine Neugestaltung der sowjetisch-bundesdeutschen Beziehungen geführt.

„Ich habe gehört“, antworte ich Gromyko, „daß die bundesdeutsche Botschaft eine Verstärkung erwartet. Das berichtete



Verhandlungsführer Bahr (1970)
„Anerkennung“ darf nicht vorkommen

und sein Außenminister Walter Scheel forcierten ihre Bemühungen. Als sich der Bonner Botschafter in Moskau, Helmut Allardt, bei den Verhandlungen zu zögerlich verhielt, übertrugen sie im Januar 1970 Egon Bahr die Gesprächsleitung. Der konnte schon vier Monate später die Grundzüge für ein Abkommen aus Moskau mitbringen.

Der „Moskauer Vertrag“ zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR, Dreh- und Angelpunkt der neuen Ostpolitik, wurde am 12. August 1970 unterzeichnet. Beide Länder verzichteten darin auf die Anwendung von Gewalt und verpflichteten sich, „die territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten“ und alle bestehenden Grenzen „als unverletzlich“ zu respektieren, „einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ (Artikel 3).

Das Thema Wiedervereinigung erwähnt der Vertrag nicht. In einem „Brief zur deutschen Einheit“, dem sowjetischen Außenminister, am Tag der Vertragsun-

terzeichnung zugestellt, betont die Bundesregierung aber ihr Festhalten an diesem Ziel. Bonn wollte zudem die Verträge mit der Sowjetunion und mit Polen nicht ratifizieren, bevor die Sowjets nicht mit den anderen Siegermächten in einem neuen Viermächteabkommen den Status von Berlin geregelt hatten. Anfang September 1971 war es soweit. Das Berlin-Abkommen wurde unterzeichnet. Es garantierte, unter anderem, den West-Berlinern das Recht auf Zugang zur DDR. Damit war auch der Weg frei für konkrete Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR, die zu einem Transit-Abkommen, einem Verkehrsvertrag und schließlich im Dezember 1972 zum „Grundlagenvertrag“ führten.

In den ersten Monaten des Jahres 1972 geriet die neue Ostpolitik immer stärker in die Gefahr zu scheitern. Abgeordnete der Regierungsfractionen wandten sich von der sozial-liberalen Koalition ab, Oppositionsführer Rainer Barzel strengte am 27. April ein Mißtrauensvotum gegen Kanzler Brandt an. Es fand keine Mehrheit. Wenige Wochen danach, am 17. Mai, ratifizierte der Bundestag die Verträge mit Moskau und Warschau und leitete der Sowjetunion eine gemeinsame Entschließung des Parlaments zu den Ostverträgen zu. Mitentworfen hatte diese Entschließung der sowjetische Botschafter in der Bundesrepublik, Valentin Falin – der Mann, der in allen Phasen der Verhandlungen an maßgeblicher Stelle beteiligt war.

Die neue Ostpolitik

wurde von der 1969 gewählten sozial-liberalen Koalition mit viel Elan eingeleitet. In seiner Regierungserklärung am 28. Oktober stellte Kanzler Willy Brandt neben der „Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Westen“ die „Verständigung mit dem Osten“ in den Mittelpunkt seiner Außenpolitik.

Ansätze des neuen Kurses gab es schon in der Zeit der Großen Koalition unter dem CDU-Kanzler Kurt Georg Kiesinger: Die Bonner Regierung hatte im Juli 1969 die Sowjets um Verhandlungen über einen Gewaltverzicht gebeten, Außenminister Andrej Gromyko stimmte zwei Monate später zu.

Die weltpolitische Konstellation war günstig: Nachdem der sowjetische Einmarsch in Prag im August 1968 die Fronten des Kalten Kriegs wieder verhärtet hatte, suchte die Moskauer Regierung, beunruhigt durch die zunehmend selbstbewußtere Volksrepublik China im Osten, neue Anknüpfungspunkte mit dem Westen.

Den Sozial-Liberalen war klar: Ohne Übereinkunft mit der sowjetischen Großmacht war die angestrebte Normalisierung der Beziehungen mit Polen und der Tschechoslowakei aussichtslos, auch eine Verständigung mit der DDR schien unrealistisch. Bundeskanzler Brandt